

## Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren

Proektor, Daniil

Veröffentlichungsversion / Published Version  
Forschungsbericht / research report

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Proektor, D. (1995). *Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren*. (Berichte / BIOst, 5-1995). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-49248>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale studien herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.© 1995 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.  
Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon	0221/5747-0,	Telefax	0221/5747-110
---------	--------------	---------	---------------

ISSN 0435-7183

# Inhalt

Seite

## Kurzfassung

4

## Gibt es eine gesamtstaatliche Sicherheitskonzeption?

7

## Einschätzung der Gefahren

8

## Innere Aspekte der Sicherheitspolitik

9

Öffentliche Krise.....9

Rückgang der Wirtschaft.....10

Suche nach neuen moralischen Werten.....10

Gefahr der Kriminalisierung.....11

Verschlechterung der demographischen Kennziffern.....11

Innere Krise und Sicherheit des Staates.....12

## Sicherheit auf der GUS-Ebene

12

## Außenpolitik und Sicherheit: Veränderungen und Widersprüche

17

Kurs auf Integration in die Weltgemeinschaft .....17

Auf dem Weg zur Restauration.....18

Ambitionen und Möglichkeiten: Überschätzung der Kräfte.....20

Sicherheit und NATO.....20

Ist Rußland zu einer neuen Sicherheitspolitik bereit?.....22

Unter dem Druck der Opposition.....23

## Militärpolitik und Sicherheit

23

Entspricht die Militärpolitik den weltweiten Veränderungen?.....	23
Militärdoktrin und Möglichkeiten des Staates.....	24
Krise des militärisch-industriellen Komplexes.....	25
Sicherheit Rußlands nach seinen militärischen Möglichkeiten.....	26
Fazit	27
Summary	29

30. August 1994

Der Verfasser, Oberst a.D., ist am Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Russischen Föderation tätig und Berater der russischen Regierung in Sicherheitsfragen.

Übersetzung: Eberhard Schneider/Christel Dittmann  
Redaktion: Eberhard Schneider

**Daniil Proektor**

## **Konturen der russischen Sicherheitspolitik in den neunziger Jahren**

**Bericht des BIOst Nr. 5/1995**

### **Kurzfassung**

#### *Vorbemerkung*

Nach dem Ende des Warschauer Vertrages und der Sowjetunion wurde bis heute in Rußland noch keine allgemeine Sicherheitspolitik entwickelt, weil es zu folgenden Grundsatzfragen unterschiedliche Auffassungen gibt: Ist es möglich, eine gesamtstaatliche Sicherheitstheorie unter den Bedingungen zu schaffen, daß die Staatlichkeit Rußlands nicht vollständig geklärt ist und selbst seine Grenzen unklar sind? Hat sich der Charakter der Gefahren geändert, die zu neutralisieren die Sicherheitspolitik aufgefordert ist? Entstand eine neue Wechselbeziehung zwischen den politischen und den militärischen Methoden für die Gewährleistung der Sicherheit? Wie muß die Haltung zur NATO unter den neuen Bedingungen aussehen? Wodurch ist die bisherige Blockstruktur der Sicherheit zu ersetzen: durch Rückkehr zur neo-stalinistischen Politik der Abschirmung gegen die Welt oder durch Integration in die Weltgemeinschaft?

Die Beilegung des Streits darüber, ob der Westen und die NATO potentielle Feinde sind oder man mit dem Westen und der NATO partnerschaftlich zusammenarbeiten soll, hängt vom Verlauf der Reformen in Rußland ab. Ihr Erfolg wird es ermöglichen, die Sicherheitspolitik auf der Grundlage der allgemein-menschlichen Werte aufzubauen. Ein Mißerfolg der Reformen und ein Sieg der konservativen Kräfte können diese Politik in die Richtung einer neuen Variante des Kalten Krieges umkehren. Deshalb verlagerten sich die Hauptgefahren für die Sicherheit Rußlands zum ersten Mal seit sieben Jahrzehnten in das Innere des Landes.

Die inneren Aspekte der Sicherheitspolitik werden bestimmt durch die allumfassende Gesellschaftskrise (Spaltung der Bevölkerung in eine Minderheit sehr reicher und in eine breite Masse armer Bürger ohne Hoffnung auf eine Perspektive für ihr Leben), den Rückgang der Wirtschaft, die Suche nach neuen moralischen Werten, die Gefahr der Kriminalisierung und die Verschlechterung der demographischen Kennziffern.

Es ist in der GUS kaum möglich, ein vollgültiges kollektives Sicherheitssystem, wie es geplant ist, zu schaffen, bevor es nicht gelingt, im Rahmen der GUS die Vereinigungsvoraussetzungen für eine größere politische, staatliche, soziale und psychologische Ordnung zu konzipieren, in deren Rahmen allein die neue Architektur der Sicherheit realisierbar ist. In der bevorstehenden Etappe dürfte die Schaffung von Sicherheit im GUS-Bereich nur im Rahmen bilateraler Abkommen, einiger regionaler Vereinbarungen und durch eine allgemeine Koordinierung der Aktionen - ohne strengere Zentralisierung - möglich sein.

Die Vorstellungen über die Sicherheit Rußlands sind aufs engste mit dem außenpolitischen Kurs gegenüber den Ländern des "fernen Auslands" verbunden, der durch eine Menge Widersprüche und Schwankungen gekennzeichnet ist, die durch die permanente innere Krise bestimmt werden. Der Putsch im Oktober 1993 und die Wahlergebnisse vom 12. Dezember 1993 können als Wendepunkt betrachtet werden, ab dem sich Symptome für ein Abweichen von früher erreichten Erfolgen der Außen- und Sicherheitspolitik abzeichnen.

Der Sieg der rechtsextremistischen Kräfte und der Kommunisten und der Schockzustand der Demokraten, die durch den für sie unerwarteten Wahlausgang erschüttert wurden, führten zu Ungewißheit, zu außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten und zu Bestrebungen, die Sicherheitspolitik zu korrigieren, um die Kritik seitens der Wahlsieger abzuschwächen und einem Teil ihrer Forderungen stattzugeben. Im Endergebnis zeigte sich bereits im Frühjahr 1994 eine ernsthafte Wende in der Haltung der russischen Führung. Die Beziehungen Rußlands zu den USA begannen in ein Stadium der Spannung, das gewisse Züge einer Krise annimmt, einzutreten. Die Proklamierung der Republiken der ehemaligen UdSSR zur besonderen Interessenzzone Rußlands, die politischen Manöver um den Truppenabzug aus Lettland und Estland sowie die Verordnung des Präsidenten der Russischen Föderation über russische Militärbasen in den GUS-Ländern verstärken zunehmend die Eindrücke einer "russischen Gefahr".

Die Entwicklung der Haltung zur NATO spiegelt die schwierigen inneren Prozesse der Auseinandersetzung in der herrschenden Elite Rußlands wider. Der politische Kurs gegenüber der NATO wird in Übereinstimmung mit diesen Prozessen ständig korrigiert. Das Schüren "NATO-feindlicher" Stimmungen ist ein Instrument zur Hebung des russischen "Verteidigungsbewußtseins" und ein Mittel für die Beweisführung der verbreiteten These "Rußland war und bleibt eine militärische Supermacht" - ohne Rücksicht auf innere Krisen und wirtschaftliches Chaos. Jedenfalls wäre es nützlich, wenn der Westen die neue Politik und Strategie der NATO für breite Kreise im Osten verständlicher machen würde.

Den Ansichten des Präsidenten und der repräsentativen Macht - den Anhängern einer kollektiven Sicherheit - stehen die Positionen der Radikalen, der Nationalpatrioten, eines Großteils der Bevölkerung, der Anhänger eines "Sonderweges", der Gegner einer Annäherung an den Westen gegenüber. Ihr Druck übt wachsenden Einfluß auf den offiziellen Regierungskurs aus.

Das sich immer klarer abzeichnende Streben nach Reintegration im post-sowjetischen Raum kann als gesetzmäßig anerkannt werden, wenn es sich auf demokratischer Grundlage vollzieht. Aber dieses Streben kann auch Elemente eines Imperialanspruchs enthalten wie zu Beginn des vergangenen Kalten Krieges, als Stalin die Länder Osteuropas "integrierte", um "Aufmarschgebiete" zu haben. In einem solchen Fall ist ein Rückfall in den Kalten Krieg wahrscheinlich.

Breite Militärkreise können nicht begreifen, daß es im Grunde genommen keinen Feind gibt und daß die Armee neue Funktionen übernehmen muß. Militantes Denken verlangt einen Gegner und akzeptiert nicht oder nur mit großer Mühe die Ideen der allgemeinen Sicherheit und Partnerschaft. Im Bewußtsein der Militärs, insbesondere der älteren Generation, ist eine solche Politik entweder nicht verständlich oder - und das ist schlimmer - sie wird als Verrat der nationalen Interessen Rußlands betrachtet, die meist rein militärisch interpretiert werden.

Im Grunde genommen hat Rußland keine Militärdoktrin. Die heutigen Vorstellungen über die Militärdoktrin entsprechen nicht in vollem Maß der politischen Strategie des Staates sowie den Möglichkeiten und der Lage der Gesellschaft Rußlands. Die "Hauptthesen der Doktrin" beinhalten Konfrontationselemente, die sich insbesondere bei der "Nuklearstrategie" mit ihrer proklamierten Ablehnung zeigen, Atomwaffen nicht als erste Waffen einzusetzen.

Das verabschiedete Gesetz "Über die Konversion" veraltete schnell, weil die aus dem Budget zugewiesenen Mittel für die Konversion bei den Unternehmen entweder mit zwei- bis viermonatiger Verspätung oder überhaupt nicht eingingen, aber auch deshalb, weil es kein Konversionsprogramm als Bestandteil der strukturellen Umgestaltung der Basisindustriestrukturen gibt.

Die höchste Sicherheitsgarantie für Rußland sind Offenheit, allgemeines Vertrauen und der Zusammenschluß mit entwickelten Demokratien. Das bedeutet keineswegs das Fehlen eigener, sich von anderen Staaten unterscheidender nationaler Interessen. Doch die wie immer gearteten Widersprüche müssen im Geist von Kompromissen und gegenseitigem Einvernehmen gelöst werden.

Varianten der Politik, die als imperial ausgelegt werden können, sind für Rußland unannehmbar. Das Streben nach dem Status einer Supermacht ist - um so mehr bei der tiefen inneren Krise des Landes - ein Irrtum, der Rußland, aber auch andere Völker, teuer zu stehen kommen kann. Rußland ist ein großer Staat. Aber das Syndrom der Größe, sogar wenn es der Eitelkeit der Elite schmeichelt, kann nicht der Sicherheitspolitik Rußlands zugrundeliegen, weil es unausweichlich entweder zu seinem Schaden oder zu seiner endgültigen Zerstörung führen wird.

In Rußland sind lange wie heftige Konfrontationen und ein Kampf zwischen den Anhängern des Fortschritts und den konservativen sowie nationalistisch-neofaschistischen Kräften zu erwarten. Verlauf und Ausgang dieses Kampfes werden nicht nur das Schicksal Rußlands bestimmen, sondern sie werden auch einen wachsenden Einfluß auf die gesamteuropäische und sogar auf die weltweite Entwicklung ausüben.

## **Gibt es eine gesamtstaatliche Sicherheitskonzeption?**

Bei dem Versuch, auf diese Frage zu antworten, gehen wir davon aus, daß die Beendigung des Kalten Krieges die traditionellen Vorstellungen von der Bedeutung der Sicherheitspolitik grundlegend verändert. Während des Kalten Krieges hatten wir uns an Klarheit und Einfachheit gewöhnt: Da sind wir, da ist der Gegner und in der Mitte ist "die Grenze zweier Welten", nämlich die des Sozialismus und des Kapitalismus, an deren beiden Seiten enorme militärische Kräfte stehen, die sich nicht aufeinander zubewegen. Doch an der "Peripherie" sind Satelliten Partner, die von den Befehlen ihrer Suzeräne - der imperialen Zentren in Moskau und Washington - abhängen.

Und plötzlich hat sich alles verändert. Der Warschauer Vertrag ist zusammen mit der Sowjetunion verschwunden. An seine Stelle trat etwas Ungebestimmtes, die GUS, auf deren Territorium erbitterte Konflikte und die Begleichung alter Rechnungen stattfinden. Die Sicherheit zerfiel in ein Mosaik sich ständig verändernder Konflikte und kleiner, aber äußerst grausamer Kriege. Eine Welle von Ambitionen überschwemmte das Land, das in viele kleine und große souveräne Staaten mit einer Vielzahl von Präsidenten und Parlamenten zerfällt.

Unter den vielen neuen Widersprüchen ist der wichtigste: Die Sicherheitspolitik der Russischen Föderation, die in eine so ungewöhnliche und schwierige Situation geraten war. Gleichzeitig traten unterschiedliche Ansichten zu folgenden Grundsatzfragen zutage:

1. Ist es möglich, eine gesamtstaatliche Sicherheitstheorie unter den Bedingungen zu schaffen, daß die Staatlichkeit Rußlands nicht vollständig geklärt ist und selbst seine Grenzen unklar sind?
2. Hat sich der Charakter der Gefahren geändert, die zu neutralisieren die Sicherheitspolitik aufgefordert ist?
3. Entstand eine neue Wechselbeziehung zwischen den politischen und den militärischen Methoden für die Gewährleistung der Sicherheit?
4. Wie muß die Haltung zur NATO unter den neuen Bedingungen aussehen?
5. Wodurch ist die bisherige Blockstruktur der Sicherheit angesichts des Zerfalls der Organisation des Warschauer Vertrages und der Beibehaltung der NATO zu ersetzen: durch Rückkehr zur neo-stalinistischen Politik der Abschirmung gegen die Welt oder durch Integration in die Weltgemeinschaft?

Das ist ein Minimum an Fragen (aber es sind weitaus mehr), die heftig umstritten sind. Man kann feststellen, daß bis Mitte der neunziger Jahre - trotz vieler unterschiedlicher Vorschläge und Theorien - noch keine allgemeine Sicherheitspolitik entwickelt ist. Sie befindet sich in einem fragmentarischen Zustand, der durch die Ansichten verschiedener Staatsorgane bestimmt wird. Das Fundament der Sicherheitspolitik erwies sich wegen der äußerst großen Sensibilität gegenüber der Dynamik des internen Machtkampfes als schwankend. Nichtsdestoweniger zeichnen sich allmählich die Konturen einer gesamtstaatlichen Sicherheitspolitik in einem heftigen Meinungsstreit ab.



## Einschätzung der Gefahren

In dieser Frage ist der Kampf zwischen den Anhängern der alten (neo-stalinistischen) Position und den neuen Ansichten, die sich auf eine mehr zeitgemäße Einschätzung der tiefgreifenden Veränderungen in der Welt stützen, sichtbar. Das äußert sich darin, daß die Erstgenannten nach wie vor geneigt sind, den Westen und die NATO als potentielle Feinde anzusehen und eine Konfrontation im Stil des Kalten Krieges, wenn auch in einer abgeschwächten Variante, für unvermeidlich halten. Die letzteren behandeln diese Frage, indem sie von Einigungstendenzen der Welt sowie von der Notwendigkeit von Partnerschaft und Zusammenarbeit mit dem Westen und der NATO ausgehen.

Die Beilegung dieses Streits, der die Sicherheitspolitik aus der jetzigen unbestimmten Situation früher oder später herausführen muß, hängt vom Verlauf der Reformen in Rußland ab. Der Erfolg dieser Reformen wird es ermöglichen, die Sicherheitspolitik auf der Grundlage der allgemeinen menschlichen Werte aufzubauen. Ein Mißerfolg der Reformen und ein Sieg der konservativen Kräfte können diese Politik in die Richtung einer neuen Variante des Kalten Krieges umkehren.

Deshalb verlagerten sich die Hauptgefahren für die Sicherheit Rußlands zum ersten Mal im Laufe von sieben Jahrzehnten in das Innere des Landes. Das ist eine prinzipiell neue Einschätzung der Gefahren, weil während der Sowjetzeit immer geglaubt wurde, daß die Hauptgefahren von den äußeren imperialistischen Aggressoren ausgehen.

Unter diesen inneren Gefahren sind folgende als Hauptgefahren anzusehen:

- Die Gefahr des Machtantritts äußerst radikaler extremistischer Kräfte, die fähig sind, die außenpolitische Strategie in eine Konfrontations- und sogar Kriegsstrategie gegenüber der Welt umzuwandeln. Sowohl im Inland als auch im Westen ist die Unterschätzung des Nationalfaschismus mit seinen aggressiven Aufrufen zu einem Eroberungskrieg äußerst gefährlich.
- Die Krisen, Konflikte und Kriege auf nationaler, ethnischer und religiöser Grundlage sowie auf der Grundlage von Clans in einer Reihe ehemaliger UdSSR-Republiken, die auf das Innere Rußlands übergreifen.
- Die Kriminalisierung der Gesellschaft, die droht, die Russische Föderation in einen kriminellen Raum zu verwandeln.
- Ein neues Phänomen der Sicherheitspolitik ist die Verlagerung ihrer Hauptanstrengungen auf den Süden der x-UdSSR, wo seit einigen Jahren blutige Konflikte toben. Von dort breiten sich Terrorismus, Schmuggel und Drogenhandel über die offenen Grenzen aus.
- Die Gefahr, unter dem Einfluß irgendwelcher innenpolitischen Gründe zur Strategie der "Abschreckung der Welt", zur Strategie des "Gleichgewichts der Kräfte", insbesondere mit dem Westen, und zur Politik "Sicherheit durch Übermacht" zurückzukehren.

Die Gefahren, die von außen ausgehen, können mit folgendem verbunden sein: Wenn sich die Demokratie in der Russischen Föderation nicht festigt, wird sich der Westen von Rußland entfernen und sich von ihm abgrenzen, indem er die NATO-Reform stoppt. Möglich ist eine künstliche Verstrickung Rußlands in äußere Konflikte mit dem Ziel, der inneren nationalistischen Opposition ihr Bemühen zu demonstrieren, den Status einer Supermacht, die das Weltgeschehen ebenso beeinflußt wie die USA, wiederherzustellen. Die Veränderung der Beziehungen zum Westen unter dem Druck radikal-nationalistischer Kräfte kann zu einer militärischen Konfrontation mit dem Westen und zu einem Rückfall zu Tendenzen des Kalten Krieges führen, der für Rußland unheilvoll ist.

In ferner Perspektive können für Rußland Gefahren mit Entwicklungen in der Dritten Welt verbunden sein. Es kommt zu einer globalen Umgruppierung der Kräfte in der Welt, die vor allem durch eine mögliche Entwicklung Chinas zu einer Supermacht bestimmt wird. China dehnt seine Aktivitäten in viele Richtungen aus, in erster Linie aber in Richtung dünnbesiedelter Landstriche Rußlands, um dort mehr Lebensraum für seine Bürger zu schaffen. Außerdem wird die stürmische Entwicklung neuer integrierter Weltzentren in der Asiatisch-Pazifischen Region, in Südostasien und in Afrika für Rußland eigene Probleme aufwerfen, die möglicherweise neue, jetzt schwer vorhersehbare Orientierungspunkte für die Sicherheitspolitik verlangen.

Die islamische Revolution hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht, und es ist unbekannt, in welche Richtung sie sich entwickeln wird und wie diese Entwicklung die zahlreichen islamischen Republiken und Enklaven im Innern der Russischen Föderation und an ihrer Peripherie beeinflussen wird.

Schließlich muß Rußland in Betracht ziehen, daß trotz der Verschlechterung seiner eigenen demographischen Kennziffern und trotz des Rückgangs des Bevölkerungszuwachses im "Umfeld" Rußlands - vor allem im Süden - ein starker Bevölkerungszuwachs beobachtet wird. So wird angenommen, daß die Bevölkerungszahl der Welt im Jahr 2010 eine Größenordnung von 10,5 Milliarden erreichen wird, wobei sich die Zahl der Asiaten um das Dreifache und der Afrikaner um das Vierfache erhöhen wird. Ein Druck zur "Übersiedlung der Völker in den Norden" ist nicht ausgeschlossen. Ein Beginn wird schon jetzt beobachtet.

Somit gibt es zahlreiche Gefahren, die aber anderer Art sind als die früheren. Der Erfolg der künftigen russischen Sicherheitspolitik kann nur garantiert werden, wenn Politiker und Militärs auf traditionelle Dogmen verzichten und die neuen Tendenzen umfassend berücksichtigen.

## **Innere Aspekte der Sicherheitspolitik**

Wie schon hervorgehoben wurde, bestehen die Besonderheit und das Novum der russischen Sicherheitspolitik jetzt darin, daß der Staat gezwungen ist, sie in immer größerem Maß nach innen auszurichten. Dies vollzieht sich unter dem erzwungenen Druck der Verhältnisse, manchmal spontan, weil im Bewußsein vieler mit dem Begriff Sicherheit traditionell die Neutralisierung äußerer Gefahren verbunden wird.

Die Gefahr für das Leben der Menschen und sogar für den Bestand des Staates hat sich vor allem nach innen verlagert. Die Organe der inneren Sicherheit werden ständig gefestigt und erstmals wird sogar in der Militärdoktrin die Möglichkeit des Einsatzes der Streitkräfte zur Niederschlagung von Massenverstößen gegen die öffentliche Ordnung genannt.

## **Öffentliche Krise**

Der Zusammenbruch des Totalitarismus, der Zerfall der UdSSR, das Zerschlagen des sozialistischen Systems in seiner totalitären Variante, die Inkonsequenz der Reformen einerseits und die Schockmethoden andererseits lösten bei breiten Schichten der Bevölkerung eine tiefe moralische Erschütterung aus.

Das abrupte Zerschlagen der früheren Gesellschafts- und Sozialstrukturen sowie die Unfähigkeit eines fließenden und mehr oder weniger reibungslosen Übergangs zu neuen Strukturen führten zu einer allumfassenden Gesellschaftskrise, die sich in Form einer ungestümen Spaltung der Bevölkerung in eine Minderheit sehr reicher und in eine breite Masse armer, sogar bettelarmer Bürger äußert, die die Hoffnung auf Sinn und Perspektive ihres Lebens aufgeben.

Im Endergebnis findet eine Abkehr von den früher verabschiedeten Reformprogrammen statt. Und die Menschen, die sehen, daß die Versprechungen auf ein besseres Leben nicht in Erfüllung gehen, verlieren die Hoffnung und den Glauben an würdige Daseinsformen.

### *Rückgang der Wirtschaft*

Das Defizit im Staatshaushalt, das sich Anfang 1993 auf mehr als 1 Billion Rubel bezifferte, erreichte Ende 1993 eine Größenordnung von 7,9 Billionen. Der Gesamtumfang der Industrieproduktion betrug 1993 - verglichen mit 1992 - 82,3%. Die Erdölförderung, die lange Zeit die Hauptquelle für Deviseneinnahmen war, ging um 14% zurück. Die Krise der Zahlungsunfähigkeit erfaßt eine immer größere Anzahl von Industriezweigen. 20% der Unternehmen droht der Bankrott. Der Kohlenbergbau ist in einer kritischen Lage. Die Arbeit stockt in vielen Gruben, und periodisch brechen wegen Nichtauszahlung des Arbeitslohns Bergarbeiterstreiks aus.

Das über viele Jahrzehnte entstandene hyperzentralisierte System der Wirtschaftsleitung und die wirtschaftliche Interdependenz der ehemaligen Republiken sind durch den Zerfall der UdSSR beeinträchtigt. Das führt zur Beeinträchtigung der Arbeit vieler Unternehmen und Industriezweige. Die unaufhörliche Inflation nach der "Preisfreigabe" durch Schockmethoden hatte einem "50-1.000"-fachen Preisanstieg und Massenunzufriedenheit wegen des sinkenden Lebensstandards der Hauptmasse der Bevölkerung zur Folge.

### *Suche nach neuen moralischen Werten*

Enorme Schwierigkeiten wurden dadurch hervorgerufen, daß das Bewußtsein und die Denkweise wegen des Verlustes der früheren politisch-moralischen Werte geändert werden müssen. Die sowjetische Gesellschaft, die sieben Jahrzehnte totaler ideologischer Bearbeitung durchgemacht hatte, bildete bei einigen Generationen eine besondere Mentalität heraus, die den meisten Menschen nicht nur infolge der massierten Propaganda, sondern auch durch die fast völlige Isolierung der Bürger von der Außenwelt und durch die verzerrten Vorstellungen über sie zur "zweiten Natur" wurde.

Die ungestüme und massive Kritik an der Vergangenheit rief bei den einen die Empfindung eines umsonst gelebten Lebens hervor, bei anderen eine nihilistische Haltung zum eigenen Land, zur Gesellschaft und zur Führung, bei dritten eine verzerrte Vorstellung von Demokratie nach dem Motto "alles ist erlaubt" und wieder bei anderen den völligen Verlust der Lebensorientierungspunkte.

Das gesteckte Ziel - der Übergang zur Marktwirtschaft - wurde von den meisten nicht verstanden und als Aufruf zur persönlichen Bereicherung um jeden Preis aufgefaßt. Die fehlende Bereitschaft zum Übergang der Gesellschaft in Koordinaten der Demokratie bürgerlichen Stils begann in

allgemeine Anarchie und Geldgier ohne moralische Bremsen zu münden. Die Unzulänglichkeit der durch das sowjetische Bildungssystem hervorgerufenen historischen Denkweise läßt die Einsicht nicht zu, daß Marktwirtschaft und Kapitalismus durch viele Jahrzehnte und Jahrhunderte beharrlicher Arbeit und Wirtschaftlichkeit entstehen.

Die Armut eines Großteils der Bevölkerung, die gewöhnt war, für einfache Arbeit einen bescheidenen und für das Leben, wenn auch in minimalen Maßen, einen ausreichenden Lohn zu bekommen, wird zum die innere Sicherheit am meisten bedrohende Faktor. Menschen, die gewohnt waren, sich als Bürger einer Supermacht zu fühlen, können sich nicht vorstellen, daß man sie jetzt für Bewohner eines Landes der Dritten Welt, einer - wie man sagt - Bananenrepublik hält.

All diese Faktoren, die eine tiefe moralische Erschütterung der Gesellschaft hervorgerufen haben, schaffen ein gewisses ideologisches Vakuum. Und sie machen einen Großteil der Gesellschaft für die Propaganda der extremen nationalistischen, faschistischen Kräfte bei ihrem Kampf um die Macht und den Sturz der demokratischen Führer empfänglich, die unter dem Druck der Radikalen von rechts und links ihre Positionen immer mehr aufgeben.

Das Vakuum, das nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie entstanden ist, wurde durch Nationalismus, Chauvinismus und Faschismus ausgefüllt. Immer breitere Schichten der Gesellschaft verlieren allmählich ihre Immunität gegen Nationalismus, Chauvinismus und Faschismus, denen die Intelligenz und die Machtstrukturen nicht aktiv genug widerstehen.

Mit Blick auf die Zukunft steckt indessen gerade hier die größte Gefahr für die Sicherheit Rußlands, weil diese Tendenzen, wenn sie sich weiterentwickeln, in der Lage sind, Rußland in eine Isolierung von der Weltgemeinschaft und zur Konfrontation zu führen, die unter gewissen Umständen verhängnisvolle Formen annehmen kann.

### *Gefahr der Kriminalisierung*

Die Sicherheit Rußlands ist durch eine massenhafte Kriminalisierung der Gesellschaft auf die Probe gestellt. Die bereits genannten Faktoren plus veraltetes Strafrecht, die Schwäche der Rechtsschutzorgane und sogar ihre immer häufiger zutage tretende Verbindung zu kriminellen Strukturen lassen die Gefahr einer totalen Kriminalisierung und der "Übertragung ihrer Viren" weit über die Grenzen hinaus aufkommen. Die Explosion der Kriminalität und die unzureichenden Anstrengungen des Staates bei ihrer Bekämpfung drohen, das Land in einen kriminellen Raum zu verwandeln, der durch Verbrecherclans kontrolliert wird, die ihn in "Einflußsphären aufgeteilt haben".

Die veröffentlichte Statistik zeichnet ein dramatisches Bild von einer unaufhörlichen Kette von Morden, insbesondere in Großstädten, der Jagd auf Unternehmer, der Begleichung von "Rechnungen und Streitigkeiten" zwischen den Mafiagruppen sowie von der unkontrollierten Verbreitung von Waffen, ihres Diebstahls aus Munitionsdepots und ihres freien Verkaufs, unter anderem durch Militärangehörige.

### *Verschlechterung der demographischen Kennziffern*

Die Krise, die Rußland erschüttert hat, führte zur Verschlechterung der demographischen Kennzif-

fern der Gesellschaft. In den Jahren 1992 und 1993 war die Sterblichkeit in Zentralrußland doppelt so hoch wie die Geburtenziffer. Die natürliche Bevölkerungszunahme verringerte sich von 18 Mio. im Jahr 1990 auf 11,2 Mio. im Jahr 1992.

Die Zahl der kinderlosen Familien und Scheidungen nimmt zu. Die Zahl der Fälle wird größer, in denen sich Mütter von ihren Kindern lossagen. Die Kinderheilkunde ist durch fehlende Krankenhäuser, Medikamente und Personalmangel in einer Krisensituation.

Das ehemalige System der Kinderheilung (Kinderlager, Sport usw.) ist aufgelöst worden oder wurde wegen Verteuerung unerschwinglich. Die unzureichende Finanzierung der Medizin und die für einen Großteil der Bevölkerung unerschwingliche Selbstbeteiligung führen zu einer steigenden Sterblichkeitsrate.

### *Innere Krise und Sicherheit des Staates*

Alles bereits Gesagte hat direkten Einfluß auf die Sicherheitspolitik. Die Krise verlangt immer größere Anstrengungen und Mittel zur Eindämmung ihrer negativen Folgen, weil die Entwicklung der erwähnten Krisenprozesse zum allgemeinen Zusammenbruch und Zerfall, zu Bürgerkriegen oder zur Rückkehr in eine totalitäre Gesellschaft mit brutaler Diktatur führen kann.

Fehlen reale Gefahren von außen und wird eine vernünftige und zurückhaltende Außenpolitik verfolgt, kann man größtmögliche Aufmerksamkeit auf das Lösen komplizierter Probleme der inneren Lage des Landes richten, wo sein Schicksal entschieden wird.

Es ist klar, daß eine solche Neuorientierung einen erbitterten Widerstand der radikalen Kreise und Elemente der Gesellschaft hervorrufen wird, die aus der Krisenlage der Gesellschaft Nutzen ziehen und die bestrebt sein werden, sie zu erhalten. Deshalb erlangen die Kraft des Rechts und die Bereitschaft der Staatsmacht, durch entschlossene Methoden - ohne dabei Angst zu haben, die Opposition "zu kränken" - die bedrohliche Entwicklung der inneren Ereignisse aufzuhalten, entscheidende Bedeutung. Gerade der längst versprochene Übergang zu einem starken Rechtsstaat wurde zur Hauptvoraussetzung für die russische und europäische Sicherheit.

### **Sicherheit auf der GUS-Ebene**

Die Sicherheitspolitik der Russischen Föderation im Rahmen der Wechselbeziehungen mit den Nachbarstaaten auf dem Territorium der Ex-UdSSR ist für Rußland ein neues und außerordentlich wichtiges Phänomen. Im Laufe vieler Jahrzehnte hatte Rußland niemals - auch als es selbst instabil war - derart instabile und konfliktreiche Nachbarn, deren Erschütterungen über die offenen Grenzen leicht auf das Landinnere übergreifen.

Deshalb sind die Vorstellungen, wie die Sicherheit auf GUS-Ebene zu garantieren ist, unklar und widersprüchlich. Sie spiegeln jene tiefgreifenden und schwierigen Prozesse wider, die sich im "postsowjetischen Raum" vollziehen.

1. Die russische Sicherheitspolitik wird von inneren Widersprüchen unterschiedlicher Schärfe und Bedeutung in den neuen Staaten beeinflusst. Der Zusammenbruch des Kommunismus und der

Zerfall der totalitären Strukturen deckten Myriaden verschleppter - früher unter dem Mantel der Angst verborgener - Probleme auf, und zwar ethnische, nationalistische, religiöse und territoriale. Sie begannen explosionsartig hervorzubrechen.

Doch auf dem Gebiet der Politik verläuft der Grundvektor dieser Widersprüche in den Beziehungen zu Moskau. Das ist die Hauptunterscheidungslinie, welche die politischen Kräfte in den neuen Staaten trennt. Sie reicht zuweilen bis zur Eindämmung von Konflikten. Einerseits schwindet bei einer immer größeren Anzahl von Menschen - einschließlich der Führer - die Euphorie für selbständige Entwicklungswege und die Einsicht nimmt zu, daß Moskau mächtige Hebel für die Einflußnahmen auf die Situation in diesen Staaten verbleiben, und zwar wirtschaftliche, politische sowie militärische, und daß man in Zukunft gemeinsam mit Moskau vorwärtskommen muß. Andererseits sind aber überall Kräfte der nationalen Selbständigkeit aktiv, besitzen gefestigte Strukturen und verfügen über ein breites Spektrum von liberalen bis nationalfaschistischen Kräften; von Kräften, die für normale zwischenstaatliche Beziehungen zu allen Ländern, einschließlich Rußland eintreten, bis zu Befürwortern neuer regionaler Sicherheitsstrukturen und bis zu Anhängern einer völligen Gegnerschaft der Zusammenarbeit mit "Reichsrußland", abgesehen von minimalen Kooperationsformen.

Besondere Bedeutung erlangten in dieser Hinsicht natürlich jene Aspekte der russischen Sicherheitspolitik, die auf die Beziehungen zur Ukraine gerichtet sind. In der Ukraine tritt die Spaltung in westliche Gebiete mit der Tendenz zu einem radikalen Nationalismus ("samostijnost") und in östliche Gebiete, in denen bis zu 85% der Wähler für einen vollständigen Eintritt in die Wirtschaftsunion mit Rußland sind, immer klarer zutage. Hinzu kommt das Problem der Krim, wo die Mehrheit für die Unabhängigkeit von der Ukraine und für die doppelte (russisch-ukrainische) Staatsbürgerschaft eintritt.

Jede Unvorsichtigkeit im außenpolitischen Kurs Rußlands kann das Land in äußerst gefährliche Konflikte hineinziehen: Entweder im Hinblick auf Kiew mit der Gefahr der Teilung der Ukraine in zwei Staatsgebilde (ein östliches und ein westliches) oder im Zusammenhang mit einer möglichen Krise in den Beziehungen zwischen Kiew und Simferopol', wo die Gefahren einer Verwicklung der Schwarzmeerflotte und sogar "der Verwandlung der Krim in ein neues Karabach" wachsen.

Auch wenn der russische Präsident und die Regierung für eine sehr ausgewogene Haltung zu den Problemen der Ukraine eintreten, kann der nationalistische Teil der Duma-Abgeordneten, welcher die Mehrheit hat, die Russische Föderation durch unvorsichtige Schritte in die ukrainische Krise auf seiten der östlichen Gebiete und der Krim hineinziehen.

Andere "Brennpunkte" der russischen Sicherheitspolitik liegen in dieser Hinsicht in den Beziehungen zu den neuen Staaten Zentralasiens und des Kaukasus. Die Spaltung innerhalb der Staaten Zentralasiens auf der Grundlage von interethnischen, Clan-, religiösen und anderen Konflikten - der tiefgreifendste spielt sich in Tadschikistan ab - läuft letztlich auch auf das Grundproblem hinaus: Soll man der GUS beitreten, die Union mit der Führungsrolle Moskaus wiederherstellen oder den Weg zur Unabhängigkeit gehen und dabei regionale Bündnisse außerhalb organisieren?

In der verworrenen Situation der kaukasischen Widersprüche ruft die Annäherung Rußlands an die einen Staaten die Ablehnung der Annäherung der anderen hervor und verschlechtert die allgemeine geostrategische Lage der Russischen Föderation im Süden. So verschlechterte z.B. der Vertrag mit Georgien (vom 3.2.1994) die Beziehungen zu Abchasien und zum Nord-Kaukasus. Der Beitritt der Regierung Aserbajdschans zur GUS, d.h. zur Einflußsphäre Rußlands, und die Verhandlungen im Frühjahr 1994 über die Entsendung russischer Friedenstruppen schürten den inneren Kampf der Regierung gegen die nationale Opposition. Der Versöhnungsprozeß zwischen Nord-Ossetien und Inguschetien verschlechterte die Beziehungen der Russischen Föderation zu Tschetschenien und zur Konföderation der Kaukasus-Völker usw.

2. Die unklare Bestimmung der nationalen Interessen und der Sicherheitspolitik bewirkt ein Mosaik von Vorstellungen über Inhalt, Methoden und Perspektiven. Die früheren Vorstellungen von Sicherheit, in erster Linie von der Konfrontation mit dem Westen im Rahmen Warschauer Vertrag-NATO, wurden hinfällig. Die Politik auf dem Gebiet der Sicherheit wurde mosaikartig, und es werden immer mehr Elemente in sie aufgenommen.

Im Rahmen der Beziehungen zu den Nachbarn des post-sowjetischen Raums wird das Streben nach neuer Integration mit Rußland immer offensichtlicher. Es tritt anstelle der maßlosen Souveränisierung, die sich vor allem aus wirtschaftlichen Gründen nicht bewährt hat. Die Hoffnungen auf Hilfe von außen sind schnell verflogen, und die Versuche der Selbstbestimmung haben sich als wenig überzeugend erwiesen, und das nicht nur in bezug auf Öl und Gas, wo die Abhängigkeit von russischen Lieferungen am spürbarsten war, sondern auch in bezug auf einige äußerst wichtige Produktionszweige.

Das Streben nach Integration auf neuer - konföderativer oder föderativer - Grundlage erfaßt auch den Sicherheitsbereich. Die Ideen der kollektiven Sicherheit im Rahmen des gesamten Sicherheitsraumes gewinnen immer mehr Anhänger.

Größte Bedeutung erlangt die Idee der Gründung einer euroasiatischen Union (Vorschlag des kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew vom April 1994), was die Bildung einer neuen Föderation souveräner Staaten bedeutet. Dieser Idee liegen zugrunde:

- die Einsicht in die wirtschaftliche Abhängigkeit von der Russischen Föderation und
- die Einsicht in die Unvermeidlichkeit des starken Einflusses Rußlands in Kasachstan mit einer zahlreichen russischen Bevölkerung sowie
- die Nachbarschaft zu China, das möglicherweise eine Supermacht werden kann.

Auch wenn diese Idee ihrem Wesen nach eine Variante des früheren "Nowo-Ogarewsker Prozesses" von Gorbatschow und der Pläne der "Beloweschsker" Gründung der GUS ist, muß man zugeben, daß sie - unter den veränderten Bedingungen, die nach dem Zerfall entstehen, und bei dem sich abzeichnenden Streben nach Erneuerung - neue Bedeutung erlangt.

Und weil von einem "Block Rußland - Kasachstan" keine Rede sein kann, erlangt diese Idee die Bedeutung einer neuen Föderation (Konföderation), bestehend aus einigen Staatsgebilden mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Grenzen, mit einheitlicher Währung und einem gemeinsamen Verteidigungssystem. Einem solchen Zukunftsbild werden die innere Opposition in

allen Ländern des nahen Auslands wie auch innerhalb der Russischen Föderation und die Anhänger anderer Integrationsprogramme widerstehen.

Unter ihnen können die Ideen zum Aufbau regionaler Sicherheitsstrukturen, wie z.B. ein Bündnis der slawischen Staaten, ein Bündnis der Staaten Zentralasiens, die Integration der islamischen Staaten u.a. besonders einflußreich werden. Bilaterale Sicherheitsabkommen (nach Art des russisch-georgischen) können auch als die einfachste Alternative zu diesen Bündnissen betrachtet werden. Diese Alternative ist für Moskau, das schwerlich wünscht, die Macht paritätisch mit anderen zu teilen, die annehmbarste.

Jedenfalls sind aber in absehbarer Zukunft Annäherungstendenzen wahrscheinlich; sie werden nach und nach im Gegensatz zu den Bestrebungen entgegengesetzter Richtung Priorität haben.

3. Der Aufbau eines kollektiven Sicherheitssystems im Rahmen der GUS ist äußerst schwierig. Der Hauptgrund sind die allgemeinen Konfliktsituationen, die bereits behandelt wurden. In diesem Zusammenhang ist hervorzuheben, daß die Widersprüche und Konflikte, ohne deren Überwindung eine allgemeine Sicherheitsstruktur nicht möglich ist, wahrscheinlich nur langfristig und schwer lösbar sein werden. Sie gibt es seit langem, sie waren nur unter den Bedingungen des Totalitarismus verborgen und unterdrückt. Jetzt kommen sie zum Ausbruch.

Zu berücksichtigen ist, daß sie andauern werden, solange die Umverteilung des Eigentums nicht zum Abschluß kommt, und zwar nicht nur des gesellschaftlichen, sondern auch des territorialen Eigentums unter den Staaten der Ex-UdSSR, den Ethnien und Bevölkerungsgruppen, solange nicht überall die Machtstrukturen festgelegt sind und der allgemeine Kampf um die Macht, um zahllose Posten immer weiterer Präsidenten neugegründeter kleiner und großer Republiken, um Posten von Premierministern, Ministern usw. beendet ist und solange die "unversöhnliche Opposition", die den persönlichen Vorteil und die Ambitionen mitunter über die staatlichen Interessen stellt, nicht zufriedengestellt ist.

Fast überall fehlende, klar umrissene nationale Interessen und Prioritäten führen dazu, daß diese Konfrontation anhält. Der allgemeine Produktionsabfall, die allgemeine Krise, die unzureichende Rechtsordnung und die einschneidende Spaltung der Gesellschaft bewirken deren "Atomisierung" sowie die Zunahme von Brutalität und Kriminalität. Das lange unterdrückte nationale Selbstbewußtsein und die lange unterjochten Traditionen großer und kleiner Völker, die sich befreit haben, arten entweder in den Kampf um Selbstbehauptung oder in Nationalismus und Chauvinismus aus. Die im Laufe der Geschichte angesammelten Diskriminierungen (Unterdrückung der nationalen Kultur, Repressionen, Deportationen ganzer Völker usw.) finden in den Konfrontationstendenzen - zumindest eines gewissen Teils souverän gewordener kleiner Völker gegenüber den größeren - ihren Ausdruck.

Schließlich ist hinzuzufügen, daß die verzerrten Vorstellungen von Moral, Ethik, allgemein menschlichen Werten sowie von der Rolle der Religion, die jahrzehntelang anerzogen wurden, und die Herrschaft des Totalitarismus zur bekannten Anarchie der Rechtsordnung führten. Der Zerfall der einheitlichen Streitkräfte führte dazu, daß massenweise Waffen "freigesetzt" wurden, die zur Ausrüstung krimineller Gruppierungen sowie verschiedener neuer militärischer Formationen genutzt wurden.



All das zeigt - in Ergänzung zum bereits Gesagten -, daß

- a) die Schaffung eines realen Sicherheitssystems im GUS-Raum kein "rein militärisches", sondern ein äußerst kompliziertes soziales, politisches und nationales Problem ist und daß
- b) seine Lösung nur im Rahmen größerer Entscheidungen - unter Berücksichtigung des bereits Ausgeführten - möglich ist.

Die traditionelle Einstellung zu diesem Problem führt zu einer völligen Unklarheit in der Sicherheitsstrategie, zu Extremen und zu Verwirrung, zur Unmöglichkeit, eine wirksame Konzeption sowohl für die nationale als auch für die kollektive Sicherheit auszuarbeiten, obwohl ein Vertrag über kollektive Sicherheit vorliegt. In der Zeit, da der Vertrag durchgesetzt wird, läuft die Sache hauptsächlich auf die Festlegung des Status der militärischen Präsenz Rußlands auf den Territorien anderer Staaten hinaus.

Dabei ist für Moskau folgendes maßgeblich:

- Auf dem gesamten Territorium der Ex-UdSSR, d.h. in allen neuen Staaten, sind Gruppierungen der russischen Truppen mit ihrer Ausrüstung und ihrem Gerät verblieben. Dabei sind die Gruppierungen in der Ukraine und in Weißrußland nach Auflösung der sowjetischen Streitkräfte die größten. Ihr Schicksal ist völlig ungeklärt.
- Notwendigkeit von Friedensmissionen in den Konfliktzonen (Tadschikistan, Abchasien, Süd-Ossetien, Karabach, Moldowa);
- Absicht, die russischsprachige Bevölkerung in anderen Ländern zu schützen;
- Sicherung und Schutz der äußeren GUS-Grenzen, im Grunde genommen der ehemaligen UdSSR-Grenzen.
- Ausfüllung des "Kräftevakuum", das mit "Rußland nicht freundschaftlich gesinnten Kräften" ausgefüllt sein kann.

Aber dies alles läßt sich nicht nur mit großer Mühe in der Praxis realisieren. Es ruft auch andere Interpretationen im Umfeld und eine Reihe widersprüchlicher spontaner Aktionen Moskaus hervor, wie z.B.:

- die Erklärung des Präsidenten über die Schaffung russischer Militärbasen in allen GUS-Staaten und in Lettland, die einen allgemeinen Protest auslöste und danach widerrufen wurde,
- der unbestimmte Status der russischen 14. Armee im Pri-Dnestr-Gebiet,
- die unklare Lage der russischen Truppen in Tadschikistan und ihre Scheinmanöver an der Grenze zu Afghanistan,
- das Fehlen eines klaren Systems von Verpflichtungen der GUS-Länder zum Schutz der Grenzen,
- die Ineffektivität des Systems zur Bekämpfung des Drogenschmuggels,
- die unklaren Beschlüsse zum Abzug der russischen Truppen aus dem Baltikum,
- die Verstärkung der Gruppierung im Gebiet Kaliningrad usw.

Somit kommt man zu der allgemeinen Schlußfolgerung: Es ist kaum möglich, ein effektives kollektives Sicherheitssystem, wie es geplant ist, zu schaffen, bevor es nicht gelingt, im Rahmen der GUS die Vereinigungsvoraussetzungen für eine größere politische, staatliche, soziale und psychologische Ordnung zu konzipieren, in deren Rahmen allein die neue Architektur der Sicherheit realisierbar ist.

Der Zusammenbruch der UdSSR war ein komplizierter Prozeß, dessen Folgen für die Sicherheit durch die schnelle Zerstörung der überzentralisierten starren Wirtschafts- und Machtpyramide,

durch den Zerfall des einheitlichen Binnenmarktes sowie der einheitlichen und ebenfalls überzentralisierten Streitkräfte und Verteidigungsstrukturen bestimmt wurden.

Und da die Sicherheitspolitik keineswegs ein bestimmendes, sondern ein abgeleitetes Moment ist, werden sich die Anstrengungen zu ihrer Wiedereinführung im gesamten GUS-Raum - ohne das entsprechende Fundament - kaum als effektiv erweisen. Deshalb ist die Schaffung von Sicherheit in der bevorstehenden Etappe nur im Rahmen bilateraler Abkommen, einiger regionaler Vereinbarungen und durch eine allgemeine Koordinierung der Aktionen - ohne strengere Zentralisierung - wahrscheinlicher. Dabei kann die militärische Präsenz Rußlands auf den Territorien anderer Staaten, die Sicherung der äußeren Grenzen und die Durchführung von Friedensmissionen durch Rußland nur auf demokratischer Grundlage, in strikter Übereinstimmung mit den Prinzipien des internationalen Rechts und unter Kontrolle oder Beteiligung internationaler Organisationen erfolgen.

## **Außenpolitik und Sicherheit: Veränderungen und Widersprüche**

Die Vorstellungen von der Sicherheit Rußlands sind aufs engste mit dem außenpolitischen Kurs gegenüber den Ländern des "fernen Auslands" verbunden, der durch eine Vielzahl von Widersprüchen und Schwankungen gekennzeichnet ist, die durch die permanente innere Krise bestimmt werden. Die Ausarbeitung dieses Kurses und folglich auch die Sicherheitspolitik werden insbesondere von den Veränderungen der Wirtschaftslage im Land, vom Kampf zwischen den Parteigruppierungen, von den Veränderungen in der Massenpsychologie unter Einwirkung des ungünstigen Reformverlaufs sowie von der Umgruppierung der politischen Kräfte zugunsten der Wiederherstellung der "Vor-Perestrojka"-Ordnung beeinflusst.

Der Putsch im Oktober 1993 und die Wahlergebnisse vom 12. Dezember 1993 können als Wendepunkt betrachtet werden, ab dem sich Symptome für eine Abkehr von früher erreichten Erfolgen der Außen- und Sicherheitspolitik abzeichnen.

### ***Kurs auf Integration in die Weltgemeinschaft***

Das von Gorbatschow verkündete neue politische Denken auf der Grundlage der Anerkennung von Priorität allgemein-menschlicher Werte und der Notwendigkeit des Eintritts unseres Landes in die Gemeinschaft der zivilisierten Staaten bedeutete gleichzeitig eine revolutionäre Einstellung in der Sicherheitspolitik. Die positiven Ergebnisse weltweiten Ausmaßes sind allgemein bekannt.

Präsident Jelzin hat diesen Kurs nicht nur fortgesetzt, sondern er war bestrebt, ihn zu vertiefen. Aber nach dem Zusammenbruch der UdSSR festigten sich - im Zusammenhang mit der wachsenden Wirtschaftskrise, mit der Zunahme der Massenverarmung der Bevölkerung und des allgemeinen Chaos - die Kräfte des Widerstands gegen seine Außenpolitik als Form der inneren Vergeltung.

Ein heftiger Kampf mit einer immer größeren Polarisierung der Meinungen brach los. Der Präsident und seine Anhänger im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und in einigen anderen Instanzen hielten an dem Kurs fest, der in der "Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation" (vom November 1992) dargelegt ist, in der neben den Beziehungen zu den GUS-Ländern

die "Zusammenarbeit vor allem mit wirtschaftlich mächtigen und technologisch entwickelten westlichen Staaten und mit neuen Industrieländern in verschiedenen Regionen" zur wichtigsten Aufgabe erhoben wurde.<sup>1</sup> In den Vordergrund wurde die "dauerhafte Entwicklung der Beziehungen zu den USA mit der Zielsetzung, eine strategische Partnerschaft und in der Zukunft eine Bündnismitgliedschaft" zu erreichen, gestellt. Aber schon damals war von der Notwendigkeit die Rede, sich den Versuchen der USA, eine "einzige Supermacht" zu werden, "strikt zu widersetzen".

Dieser Kurs wurde konsequent verfolgt. Am 10. Dezember 1993 unterzeichnete Jelzin in Brüssel eine gemeinsame politische Deklaration über Partnerschaft und Zusammenarbeit der Russischen Föderation mit der EU. Er sprach von einer "Abkehr der Welt von der Konfrontation hin zur Zusammenarbeit" und sagte, daß das "neue demokratische Rußland von dem Willen erfüllt ist, ein realer Partner Westeuropas zu werden". Das war zwei Tage vor den Wahlen, die - nach Meinung Jelzins - zeigen werden, daß "sich die junge russische Demokratie entwickelt und festigt".

Aber wie sich sehr bald zeigte, war die innere Lage im Land falsch und vereinfacht analysiert worden. Die demokratischen Gruppierungen waren bei weitem schwächer als sie sich selbst einschätzten. Sie versanken im inneren Kampf, während die "unversöhnliche Opposition" viel effektiver handelte und dabei demagogische Methoden nutzte und die Karte des wirtschaftlichen Chaos und der immer größer werdenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten ausspielte.

### *Auf dem Weg zur Restauration*

Der Oktober-Putsch und die Dezember-Wahlen von 1993 bildeten - wie bereits erwähnt - einen gewissen Wendepunkt, an dem sich immer deutlichere Symptome für eine Abkehr des außenpolitischen Kurses von den erreichten Zielen der "Integration in die Weltgemeinschaft" abzeichneten, was sich auch sofort in der Sicherheitspolitik widerspiegelte. Obwohl die Verabschiedung der neuen Verfassung Grund zur Annahme gab, daß der außenpolitische Kurs der frühere bleiben würde, wurde er durch die Wahlergebnisse aber sofort korrigiert. "Die Gefahr des Faschismus existiert tatsächlich", gab der Außenminister nach den Wahlen zu.

Der Sieg der rechtsextremistischen Kräfte und der Kommunisten, ihre Mehrheit in der neuen Duma, der Schockzustand der Demokraten, die durch den für sie unerwarteten Wahlausgang erschüttert wurden, führten zu Unsicherheit, zu außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten und zu Bestrebungen, die Sicherheitspolitik zu korrigieren, um die Kritik seitens der Wahlsieger abzuschwächen und einem Teil ihrer Forderungen stattzugeben.

Im Endergebnis zeichnete sich bereits zum Frühjahr 1994 eine ernsthafte Wende in der Haltung der russischen Führung ab. Die Beziehungen Rußlands zu den USA begannen in ein Stadium der Spannung, die gewisse krisenhafte Züge annimmt, einzutreten.

Im Bewußtsein eines Großteils der Bevölkerung und der politischen Elite der Länder des Westens und Osteuropas belebte der Sieg der Nationalkommunisten das Bild eines feindlich gesinnten, schwer kalkulierbaren Rußland.

Die neuen Motive für einen "Supermachtanspruch" in den Äußerungen verantwortlicher Personen

---

<sup>1</sup> Izvestija, 30.11.1992.

begann man als Zugeständnis und sogar als ein gewisses "zustimmendes Murmeln" bezüglich der Rechtsradikalen im Hinblick auf künftige Wahlen zu interpretieren. "Es ist naiv zu erwarten, daß so große Mächte wie Rußland und die USA ewig in Harmonie miteinander leben", erklärt der russische Außenminister in der "New York Times", offenbar ohne diese Gedanken mit den Ideen der "strategischen Partnerschaft" in Einklang zu bringen.

Die Proklamierung der Republiken der Ex-UdSSR zur besonderen Interessenzzone Rußlands, die politischen Manöver um den Truppenabzug aus Lettland und Estland sowie der Beschluß des Präsidenten der Russischen Föderation über russische Militärbasen in den GUS-Ländern und in Lettland (letzterer wurde später widerrufen) verstärken zunehmend die Eindrücke von einer "russischen Gefahr".

Der Erfolg der russischen Diplomatie auf dem Balkan erweckte den Eindruck einer heimlichen Aufforderung an die USA und NATO. Doch der Erfolg verwandelte sich in einen Fehlschlag.

Die erst kürzlich vor den Wahlen geäußerten Ideen hinsichtlich einer umfassenden Partnerschaft mit dem Westen, des Eintritts in die Weltgemeinschaft und die Appelle Jelzins, ein "freundliches Bild Rußlands zu zeichnen", werden durch die lauten Rufe aus der Duma, auf einen "einseitigen Atlantismus" zu verzichten, die "Schädlichkeit und die Gefahr der Orientierung auf den Westen anzuerkennen" usw. abgelöst.

Die Unbeständigkeit der Strategie in der Außenpolitik und bezüglich der Sicherheitsprinzipien zeigt sich mal in den Absichten, sich nicht auf den Westen, sondern auf die Asiatisch-Pazifische Region, mal auf die arabische Welt, oder auf China zu orientieren sowie in der Kritik an der "Kinderkrankheit der Anbetung Amerikas" usw. In all dem ist nicht so sehr die Suche nach einer realen außenpolitischen Strategie zu erkennen, als vielmehr ein Streit zwischen den Parteien und der Kampf gegen den Präsidenten sowie die "Lobbyisierung" einzelner politischer Gruppierungen.

Von neuem zeigen und verstärken sich Tendenzen des Neoisolationismus, die zu den schlimmsten Beispielen der Vergangenheit tendieren. Krankhaft überhebliche Befürchtungen kommen auf, daß man uns "als Supermacht unterschätzt", daß man "uns belehren will" und daß "Rußland freiwillig die ihm zugewiesene passive Rolle übernimmt"<sup>2</sup>, wenn beabsichtigt werde, der EU, dem Europarat und der "Partnerschaft für den Frieden" beizutreten.

Die unklare Formulierung der nationalen Interessen, ihrer Bedeutung und ihrer geographischen Grenzen ruft in Ost- und Mitteleuropa Unruhe hervor. Insbesondere wenn es z.B. um die Wiederherstellung des "traditionellen" russischen Einflusses auf dem Balkan und um die Forderungen der Extremisten und Nationalpatrioten geht, ein großes slawisches Imperium vom Stillen Ozean bis nach Serbien zu schaffen, das dem "Westen gegenübersteht" usw. Die Beziehungen Rußlands zu den baltischen Staaten können auch ein Thema heftiger Diskussionen mit dem Westen werden.

All diese Prozesse können unterschiedlich beurteilt und interpretiert werden. Sie können Elemente politischer Manöver, des Taktierens und von Verhandlungen sein. Nehmen sie zu, können sie in eine neue Entfremdung vom Westen, in Konfrontation und in eine, wenn auch abgeschwächte Variante des Kalten Krieges ausarten. Das kann das Ziel der extremen Nationalisten und Radikalen sein.

---

<sup>2</sup> Viktor Kalašnikov, Direktor des Sozio-politischen Zentrums in Moskau, am 18.11.93, in: "Segodnja".

In jedem Fall steht Rußland in absehbarer Zeit, bis zu den Präsidentschaftswahlen, offenbar ein Kampf zwischen den Anhängern der Restauration der alten Ordnungen und den Befürwortern der Prinzipien der demokratischen Sicherheitspolitik bevor.

### *Ambitionen und Möglichkeiten: Überschätzung der Kräfte*

Diese eingewurzelte Krankheit der sowjetischen Außen- und Militärpolitik, die in der Vergangenheit viel Unheil verursacht hat, zeigt sich von neuem, zumindest rhetorisch. Die Großmachtprogramme (bis hin zum absurden "Sprung nach Süden") und die Forderungen nach Gleichheit mit dem Westen stehen in vollem Widerspruch zur tiefen Strukturkrise, in der sich die Gesellschaft befindet. Wenn auf dieser Grundlage politische Entscheidungen getroffen werden, fügen sie der allgemeinen Sicherheit und vor allem Rußland selbst einen unermesslichen Schaden zu.

Diese Ambitionen lassen sich unterschiedlich erklären. Sie können sich als politisches Manöver der Reformanhänger erweisen, um einen Teil der Opposition auf ihre Seite zu ziehen und um die Kritik an die eigene Adresse in der Gesellschaft und in der Duma abzuschwächen. Sie können aber auch ein demagogisches Vorgehen der "unversöhnlichen Opposition" zur "Einschmeichelung" bei dem chauvinistisch gesinnten Teil der Öffentlichkeit und bei den Lumpen sein. Schlimmer ist es, wenn sie eine tatsächliche Änderung der außenpolitischen Strategie und keinen vorübergehenden Zick-Zack-Kurs widerspiegeln, obwohl es viel schwieriger ist, eine solche Variante zu vermuten. Bei allen Varianten wird jedoch ein enormer Machtkampf als Grundursache der wachsenden politischen Ambitionen außer acht gelassen.

### *Sicherheit und NATO*

Die Entwicklung der Haltung zur NATO spiegelt die schwierigen inneren Prozesse der Auseinandersetzung in der herrschenden Elite Rußlands wider. Der politische Kurs gegenüber der NATO wird in Übereinstimmung mit diesen Prozessen ständig korrigiert. Kritik an jeglicher Annäherung an die NATO wird oft nicht so sehr im Interesse der russischen Sicherheit geübt, sondern dafür genutzt, um die "prowestliche" Strategie des Präsidenten und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, deren Autorität und Positionen in der Gesellschaft insgesamt zu untergraben. Darüber hinaus wird das Schüren "NATO-feindlicher" Stimmungen in den Händen der "unversöhnlichen Opposition" ein Mittel zur Hintertreibung der Annäherung an den Westen, zur Rückkehr zur pro-stalinistischen Politik des Kalten Krieges und zur Schaffung eines "Feindbildes".

Das bedeutet natürlich nicht, daß es keine Analytiker gibt, die aufrichtig befürchten, daß eine Ausweitung der NATO eine Zunahme der Gefahren für Rußland darstellt und die den Beweis erbringen, daß eine solche Entwicklung unerwünscht ist. Die Fülle dieser Ansichten zeigt, daß die Veränderungen, die sich in der NATO vollziehen, einerseits nicht genügend durchdacht und andererseits für die Außenwelt nicht so spürbar sind. Jedenfalls kreuzen sich in der "NATO-Problematik" die Ansichten des Präsidenten und der Regierung einerseits mit denen der Duma-Mehrheit und den Interessen des militärisch-industriellen Komplexes andererseits.

Für die Opposition, für die "Nationalpatrioten" ist die Ablehnung der Annäherung an die NATO ein Instrument zur Hebung des russischen "Verteidigungsbewußtseins" und ein Mittel für die

Beweisführung der verbreiteten These "Rußland war und bleibt eine militärische Supermacht", und zwar ohne Rücksicht auf innere Krisen und wirtschaftliches Chaos.

Unklarheit herrscht in den grundlegenden Vorstellungen darüber, was die heutige NATO ist. Ist dieses Bündnis als potentieller Partner und nicht als Gegner zu betrachten, was seinerzeit Jelzin sagte, oder ist es nach wie vor doch ein gefährlicher Gegner ("aggressiver Block")? Ohne genaue Analyse und Klärung dieses Problems ist es nicht möglich, eine klare Strategie in bezug auf die NATO und den Westen überhaupt zu entwickeln.

Allem Anschein nach fanden Präsident und Regierung unlängst eine überzeugende Lösung für dieses Problem durch eine Reihe maßgeblicher Erklärungen, durch den Beitritt zum NATO-Kooperationsrat und durch die Aufnahme politischer und militärischer Kontakte und von Meinungsaustausch.

Doch nach den Dezember-Wahlen und insbesondere im Rahmen der Diskussion über die Beteiligung am Programm "Partnerschaft für den Frieden" zeigte sich unter dem Druck der Opposition Zurückhaltung.

Bezüglich dieses Programms deckten die Ansichten ein breites Spektrum ab:

- a) *Position des Präsidenten und des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten:* Rußland sieht in der NATO keine Gefahr für seine Sicherheit. Jeder Staat hat das Recht, seine Sicherheit so zu gewährleisten, wie er es für zweckmäßig hält. Die Ausweitung der NATO ohne Rußland ist für Rußland schädlich.
- b) *Position des Auslandsaufklärungsdienstes:* Die Aufnahme der Staaten Ost- und Mitteleuropas in die NATO widerspricht den Interessen Rußlands. Eine Synchronisierung des Ausweitungprozesses der NATO mit der Veränderung des Charakters dieses Bündnisses ist nötig. Für Rußland ist das Vorrücken an die Grenzen der größten Militärgruppierung gefährlich, die von der Russischen Föderation eine "grundlegende Überprüfung aller Verteidigungskonzeptionen" erfordert; außerdem ruft das den Unmut der Armeekreise hervor.
- c) *Ansichten des Verteidigungsministeriums:* Die Führung des Verteidigungsministeriums tritt für die "Partnerschaft für den Frieden" ein, doch in verschiedenen Schichten der Generalität außerhalb des Ministeriums gibt es unterschiedliche Ansichten, die bis zu extrem negativen reichen.
- d) *Positionen der einflußreichsten Experten:* Hier gibt es das breiteste Meinungsspektrum. Es reicht vom Bekenntnis zur Notwendigkeit, möglichst schnell in die "Partnerschaft" einzutreten, um sich nicht zu isolieren, bis hin zur völligen Ablehnung dieses Programms, weil der Beitritt Rußland "in einen politisch zweitrangigen Staat" verwandelt (S. Stankewitsch).

Ein gewisses Gleichgewicht zwischen den Anhängern des Konfrontationskurses hinsichtlich einer "Partnerschaft für den Frieden" und jenen, die für die Notwendigkeit des Beitritts zu diesem Programm sind, erlaubt die Annahme, daß ein Kompromiß auf der Grundlage der Erklärung über den "Sonderstatus Rußlands" bei diesem Programm möglich ist, obwohl niemand hinlänglich konstruktive Ideen in dieser Hinsicht unterbreitet.

Doch die Frage nach der "Partnerschaft für den Frieden" ist nur ein Teil eines größeren Problems, nämlich der Beziehung zwischen der Russischen Föderation und dem Westen im allgemeinen. Vorläufig gibt es keine klare Antwort auf die Frage: Gibt es ein gegenseitiges Interesse Rußlands und des Westens an einer engeren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheit? Ohne diese Frage zu klären, ist es schwer, die Zukunft zu beurteilen. Jedenfalls wäre es nützlich, wenn der Westen die neue Politik und Strategie der NATO für breite Kreise im Osten verständlicher machen würde.

### *Ist Rußland zu einer neuen Sicherheitspolitik bereit?*

In dieser Hinsicht stehen sich in Rußland verschiedene, bisweilen diametral entgegengesetzte Standpunkte gegenüber. Den Ansichten des Präsidenten und der legislativen Macht, den Anhängern einer kollektiven Sicherheit, stehen die Positionen der Radikalen, der Nationalpatrioten, eines Großteils der Bevölkerung, der Anhänger eines "Sonderwegs", der Gegner einer Annäherung an den Westen gegenüber. Ihr Druck übt wachsenden Einfluß auf den offiziellen Regierungskurs aus.

Die sich anbahnende Abkühlung der Beziehungen kann, wenn sie nicht gestoppt wird, zum Rückfall in den Kalten Krieg führen, was natürlich keineswegs eine Restauration der Vergangenheit bedeuten kann. Schon jetzt werden allerdings solche Tendenzen beobachtet. Wie auch zu Beginn des vergangenen Kalten Krieges werden Anzeichen für einen Kampf um die Rolle der Führungsmacht und eine Abkehr von Positionen der Partnerschaft der Russischen Föderation mit den USA hin zu "Ersatzpositionen" der Konfrontation beobachtet. Wenn sich diese Tendenz weiterhin fortsetzt, kann sie für die Welt, insbesondere für Rußland, bedrohlich werden, da sie Rußland erneut in eine Isolation von der Weltgemeinschaft führt.

Das immer deutlicher werdende Streben nach Reintegration im post-sowjetischen Raum kann als gesetzmäßig betrachtet werden, wenn es sich auf demokratischer Grundlage vollzieht. Aber dieses Streben kann auch Elemente eines Imperialanspruchs enthalten wie zu Beginn des vergangenen Kalten Krieges, als Stalin die Länder Osteuropas "integrierte", um "Aufmarschgebiete" zu haben. In einem solchen Fall ist ein Rückfall in den Kalten Krieg wahrscheinlich.

Andererseits ist im Westen ein Streben nicht ausgeschlossen, die gesetzmäßige Reintegration künstlich als "Imperialherrschaft Rußlands" darzustellen, um das "Feindbild" im Interesse der eigenen inneren Geschlossenheit wiederherzustellen, die jetzt auf die Probe gestellt wird. Das Ergebnis kann dasselbe sein.

Ähnlich wie zu Beginn des Kalten Krieges in den vierziger Jahren in der damaligen UdSSR sind auch heute in den GUS-Ländern ein Ausbruch des Nationalismus und wachsende nationale Intoleranz zu beobachten, was innerhalb und außerhalb zur Entfremdung und zum Verlust an innerer und äußerer Sicherheit beiträgt.

Wie in jenen Jahren (Truman-Doktrin), wird auch heute der Balkan eine der wichtigsten Ursachen für die Verschlechterung der Beziehungen Rußlands/UdSSR zum Westen oder zumindest für den Ausbruch von Konflikten werden. Ebenso wie die Ablehnung Moskaus, sich am Marshall-Plan zu beteiligen, die Spaltung Europas förderte, können heutzutage auch die Abschirmung vom Westen durch hohe Zölle, durch untragbare Steuern auf Auslandsinvestitionen, die unzweckmäßige Nutzung von Krediten usw. nicht zur Annäherung, sondern zur Divergenz beitragen.

In gewisser Weise wiederholt sich dann auch der Beginn der Militärpräsenz Rußlands/UdSSR außerhalb der eigenen Grenzen. Der Kalte Krieg entbrannte nach der Einführung der totalitären Ordnungen in den Ländern Osteuropas durch Rußland. Wenn die Idee vom Aufbau russischer Militärbasen in den GUS-Ländern - ungeachtet des Willens der Mehrheit der Bevölkerung dieser Länder - verwirklicht wird, können die Ergebnisse heute ähnlich sein.

Das sind nur einige Anzeichen für eine mögliche "Restauration der Geschichte", deren Verlauf in der jetzigen Situation schwer vorhersagbar ist. Sollte es zu einer "Rückentwicklung" kommen, wird sie kaum so lange dauern und so heftig werden wie der Kalte Krieg. Vielleicht wird das nur eine Parodie auf den Kalten Krieg sein, weil sich die Welt tiefgreifend verändert hat.

Nichtsdestoweniger ist offensichtlich, daß sich die neue Einstellung zur Politik der allgemeinen Sicherheit für Rußland in der Praxis als viel schwieriger erwies als es in den Anfangsjahren der Perestrojka den Anschein hatte. Die Hauptgründe dafür sind - wie auch in allen anderen Fragen der Politik - in der inneren Lage Rußlands zu suchen.

### *Unter dem Druck der Opposition*

Aber der Kalte Krieg kann keineswegs eine Parodie werden, wenn der ständig zunehmende Druck der Opposition auf die Regierung absolute Oberhand gewinnt. Zum bereits Gesagten ist hinzuzufügen, daß die "unversöhnliche Opposition" in der Duma nach dem Prinzip "je schlechter, desto besser" handelt, wobei sie die Regierung zwingt, den außenpolitischen Kurs zu ändern, um ihn in den Augen des Westens und der demokratischen öffentlichen Meinung diskreditieren zu können, was leider immer öfter Erfolg hat.

Offensichtlich ist es der Wunsch der Regierung, innerhalb des Landes zu beweisen, daß auch sie - wie die Opposition - für eine "Supermachtstellung" und für eine mit dem Westen "gleichrangige" Beteiligung am Weltgeschehen ist. Im Endergebnis sind das:

- die Verstrickung in die Konflikte in Jugoslawien und im Nahen Osten, ohne hinlängliche Möglichkeiten, sie zu beeinflussen, doch hieraus ergibt sich ein unvermeidliches Fiasko;
- besondere Forderungen bei der Frage nach der "Partnerschaft für den Frieden",
- eine Militärpolitik und Militärdoktrin, die auf Konfrontation ausgerichtet sind und die weder der Gesamtpolitik noch den Möglichkeiten des Landes und dem Zustand der Armee entsprechen,
- die Behauptung, daß "Rußland verurteilt ist, ein Imperium zu sein" und daß seine nationalen Interessen den amerikanischen entgegengesetzt sind usw.

All das kann sich bei veränderten Verhältnissen zu einem "Zündstoff" für einen echten Kalten Krieg mit verhängnisvollen Folgen entwickeln. Somit fungiert die Politik der äußeren Sicherheit Rußlands in der jetzigen Lage vor allem als Instrument der Innenpolitik.

## **Militärpolitik und Sicherheit**

### *Entspricht die Militärpolitik den weltweiten Veränderungen?*

Nach dem Zerfall der UdSSR verlangte die völlig neue Lage in der Welt vom Militärmechanismus Anpassung an die neuen Bedingungen, wozu er nicht bereit war. Die Erziehung einiger Mi-



litärgenerationen im Geist extremer Feindschaft gegenüber den "imperialistischen Aggressoren" und gegenüber dem Westen im allgemeinen sowie das Syndrom der "belagerten Festung" sind äußerst schwer zu überwinden.

Breite Militärkreise können nicht begreifen, daß es im Grunde genommen keinen Feind gibt und daß die militärische Stärke und Armee neue Funktionen übernehmen. Militantes Denken verlangt einen Gegner und akzeptiert nicht oder nur mit großer Mühe die Ideen der allgemeinen Sicherheit und Partnerschaft. Im Bewußtsein der Militärs, insbesondere der älteren Generation, ist eine solche Politik entweder nicht verständlich oder - und das ist schlimmer - sie wird als Verrat der nationalen Interessen Rußlands betrachtet. Dabei hat schon die Vorstellung von den nationalen Interessen einen sehr unklaren, verschwommenen Charakter. Sie werden vor allem aus militärischer Sicht betrachtet, ihre Grenzen sind aber unklar.

Infolgedessen begannen die Militärkreise mit der Suche nach neuen Gefahren und versuchten, die alten Gefahren wiederzubeleben. So kommt es zu Rückfällen in die Militärpolitik aus der Zeit des Kalten Krieges. Das äußert sich:

- in Versuchen, die militärische Konfrontation mit dem Westen wiederherzustellen,
- in den Beziehungen zur NATO als Gegner,
- im Denken in den Kategorien des "Gleichgewichts der Kräfte" mit dem Westen,
- in den Versuchen, neue militär-politische Bündnisse wiederherzustellen,
- in den neuen Bestrebungen, um Rußland einen "Sicherheitsgürtel" zu schaffen, und
- in "Waffenlieferungen in "Brennpunkte" der Welt.

Solche Tendenzen der Militärpolitik entsprechen keineswegs der neuen Lage in der Welt, den wahren nationalen Interessen und der geopolitischen und inneren Lage Rußlands.

### *Militärdoktrin und Möglichkeiten des Staates*

Zwischen den Zielen, die sich die Militärpolitik stellt, und der Lage sowie den Möglichkeiten von Staat und Gesellschaft ist ein Widerspruch zu beobachten. Im Grunde genommen hat Rußland keine Militärdoktrin. "Es gibt nur Material für Überlegungen in Form von 'Hauptthesen der Doktrin'", sagte der ehemalige Generalstabschef, General Wladimir Lobow, in seiner Rede vor Kriegsveteranen am 21. Februar 1994.

Die heutigen Vorstellungen von der Militärdoktrin haben mindestens zwei wesentliche Mängel:

1. Sie entsprechen nicht in vollem Maß der politischen Strategie des Staates und
2. sie entsprechen nicht - wie bereits gesagt - den Möglichkeiten und der Lage der Gesellschaft Rußlands.

Wenn der politische Kurs des Staates seit Mitte der 80er Jahre auf die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den westlichen Industrieländern und auf die Schaffung eines allgemeinen Sicherheitssystems orientiert ist, dann müssen Militärpolitik und Militärdoktrin auf die Sicherstellung eben dieser Politik ausgerichtet werden und dürfen ihr nicht zuwiderlaufen. Tatsächlich beinhalten die "Hauptthesen der Doktrin" Konfrontationselemente, die sich insbesondere bei der "Nuklearstrategie" mit ihrer proklamierten Ablehnung, nicht als erste Nuklearwaffen anzuwenden, zeigen.

"Ich kann nicht mit Sicherheit sagen, daß uns die Armee im Fall eines Angriffs schützen kann", sagte Generalleutnant Lewaschow, Sekretär des Rats der GUS-Verteidigungsminister.<sup>3</sup> Das Militärbudget ist so drastisch gekürzt worden, daß Mittel für die Zahlung der Offiziersgehälter fehlen. Die staatlichen Aufträge für die Rüstungsbetriebe übertreffen die Zahlungsfähigkeit des Verteidigungsministeriums um das Sechs- bis Siebenfache.

Die Staatsschuld Rußlands, die bei einem Defizit des föderalen Budgets von 7,9 Billionen Rubel ca. zwei Billionen Rubel beträgt, erlaubt nicht, die Streikräfte in normalem Bereitschaftszustand zu halten. Die Armee ist unzureichend ausgerüstet. Die sozialen Schwierigkeiten untergraben den moralischen Geist. Ein Großteil der Jugend will nicht zur Armee gehen. Der Plan der Herbstberufung 1993 war bis Ende Dezember erst zu 39% erfüllt. Der Versuch, auf ein Vertragssystem hinsichtlich der Bildung von Truppeneinheiten überzugehen, gelingt nicht - die für 190.000 "Kontraktniki" (Vertragssoldaten) zugewiesenen sechs Milliarden Rubel hat die Inflation schnell "verschlungen", und die Vertragsverpflichtungen konnten nicht erfüllt werden.

Die Militärreform, die ab Frühjahr 1992 eingeleitet wurde (Ukas des Präsidenten über die Bildung der Russischen Armee), wird wegen Geldmangel und der "Gemächlichkeit" der Reformer, die glauben, langsam handeln zu müssen, nur unter immensen Mühen durchgeführt. In zwei Jahren wurde die Armee um 457.000 Mann verkleinert (von ca. 2,4 Millionen). Aufgelöst wurden drei Militärkreisverwaltungen, acht Armeeverwaltungen, 19 Divisionen und acht Lehranstalten, die Gesamtausrüstung der Armee beträgt 70%. Generalstabschef, General Michail Kolesnikow, erklärte dazu: "Wir sind augenblicklich nicht imstande, den Aufbau der Armee auf mittlere und ferne Sicht exakt zu planen, weil wir nicht wissen, welche Ressourcen uns zur Verfügung gestellt werden... Das Ministerium lebt das zweite Jahr ohne Budget".<sup>4</sup> Die Experten resümieren: "Die Wirtschaft Rußlands ist am Ende."<sup>5</sup>

Aber in dieser Situation wird geplant:

- die Armee auf einem Stand von 2,1 Millionen Mann zu halten,
- neue "grenznahe" Militärbezirke - Moskau und Nordkaukasus - zu bilden mit neuen Truppengruppierungen und neuen mobilen Kräften,
- Ozeanschiffe (gigantische Flugzeugträger, Kreuzer, U-Boote) zu bauen,
- der Ukraine einen Teil der Schwarzmeerflotte abzukaufen,
- Friedensmissionen durchzuführen usw.,

was offenbar nicht den Möglichkeiten entspricht. Deshalb ist wahrscheinlich in absehbarer Zukunft eine Korrektur der Militärpolitik und der Militärdoktrin im Geist einer größeren Annäherung an die Realität zu erwarten.

### *Krise des militärisch-industriellen Komplexes*

Eine hinlänglich richtige Beurteilung der Lage gab der Erste Stellvertretende Verteidigungsminister Andrej Kokoschin: "Das Verteidigungsministerium wird das zweite Jahr nicht so finanziert, wie es einem großen staatlichen Auftraggeber zukommt... Im ganzen gesehen verzögern sich gegenwärtig

---

<sup>3</sup> Segodnja, 7.12.1993.

<sup>4</sup> Segodnja, 29.12.1993.

<sup>5</sup> Izvestija, 16.4.1994.

die meisten Programme für die Entwicklung und Produktion von Rüstung im Zusammenhang mit der fehlenden Finanzierung. Gleichzeitig bemühen wir uns, durch geschickten internen Einsatz der bescheidenen Mittel die vorrangigen Arbeiten zu beschleunigen."<sup>6</sup>

Eine ganze Reihe von Unternehmen des militärisch-industriellen Komplexes stellt die Tätigkeit ein. Die Konversion kommt infolge der gleichen Geldknappheit nur langsam voran. Das verabschiedete Gesetz "Über die Konversion" war schnell überholt, weil die aus dem Budget zugewiesenen Mittel für die Konversion bei den Unternehmen entweder mit zwei- bis viermonatiger Verspätung oder überhaupt nicht eingingen, aber auch deshalb, weil es ein Konversionsprogramm als Bestandteil der strukturellen Umgestaltung der Basisindustriestrukturen überhaupt nicht gibt.

Um die Lage des militärisch-industriellen Komplexes zu verbessern, der 83% des russischen Industriepotentials ausmacht, wird versucht, die Tätigkeit auf dem Rüstungsweltmarkt zu aktivieren in der Hoffnung, daß die konkurrenzfähige russische Militärtechnik einen Devisenzustrom erbringt, durch den der militärisch-industrielle Komplex seine Positionen festigen kann. Doch schon die Rüstungsausstellung in Abu Dhabi 1993 zeigte, daß die Vorführung der Militärtechnik, die sogar Weltniveau übertraf und die unter Weltmarktpreisen angeboten wurde, nur zum Zusammenschluß der Konkurrenten zu einem einheitlichen, Rußland gegenüberstehenden militärisch-industriellen Block geführt hat. Und sie erbrachte den Beweis, daß Rußland, das schon 1988 mit der Konversion begonnen hatte, faktisch nicht auf diese, sondern vielmehr - trotz aller seiner Schwierigkeiten - auf die Herstellung neuer Waffensysteme setzt.

### *Sicherheit Rußlands nach seinen militärischen Möglichkeiten*

Der Sicherheitszustand Rußlands spiegelt die allgemeine Lage des Staates und der Gesellschaft wider. Das Militärpotential Rußlands basiert vor allem auf der Nuklearkomponente der Streitkräfte, welche die Grundlage der militärischen Stärke bildet. Die Schaffung eines allgemeinen GUS-Sicherheitssystems ist problematisch, und die Durchführung einer umfassenden Sicherung der GUS-Grenzen durch russische Kräfte ist fraglich.

Verschiedene Versuche hinsichtlich des Aufbaus eines Sicherheitssystems nach der Kanonenstrategie der UdSSR sind absolut kontraproduktiv und nicht realisierbar. Dazu gehören z.B. die Schaffung eines "militärischen Vorfelds" vor den Grenzen auf den Territorien der Nachbarländer (die Grundvorstellung von "Militärbasen" als modifizierte Strategie der Zeit des Molotow-Ribbentrop-Pakts), das Streben nach "Parität" mit der NATO und die präventiven Absichten, die eigenen nationalen Interessen zu erklären, die - trotz militärischer "Auffüllung" - weit über die Grenzen dieser Interessen hinausgehen.

Die Sicherheit Rußlands verlangt vom Standpunkt seiner militärischen Möglichkeiten größtmögliche militär-politische Zurückhaltung, das ausschließliche Festhalten an Verteidigungskonzeptionen, die Vermeidung von Drohungen und "Abschreckung" sowie den Verzicht auf Erklärungen, als erste Nuklearwaffen anzuwenden zu wollen.

Die Haupttendenz der Militärpolitik muß sein:

---

<sup>6</sup> Segodnja, 11.2.1994.

- Verzicht, erneut einen "Feind zu suchen" und alte ideologisierte Vorstellungen über die Art der Gefahren wiederzubeleben.
- Anerkennung der NATO als potentieller Partner und als erster Schritt dazu der Beitritt zur "Partnerschaft für den Frieden". Anerkennung des Westens als natürlichen politischen und militärpolitischen Verbündeten Rußlands, was keineswegs bedeutet, daß es keine eigenen nationalen Interessen Rußlands gibt. Hier muß ein vernünftiges Gleichgewicht gefunden werden.
- Ausarbeitung allgemeiner Prinzipien der Militärpolitik, die den tatsächlichen Zustand des Staates und der Gesellschaft, ihre Situation und ihren Bedarf widerspiegelt anstatt abstrakter und realitätsferner Deklarationen, wie sie in den "Grundlagen der Militärdoktrin" dargelegt wurden. Man muß einsehen, daß die Zeit der traditionellen, dogmatischen Militärdoktrinen längst vorbei ist.
- Überprüfung der traditionellen Vorstellungen von der Rolle und den neuen Möglichkeiten der Streitkräfte in der post-industriellen Gesellschaft, von ihrer Begrenzung und den veränderten Funktionen der Streitkräfte<sup>7</sup>
- Aktivierung der Militärreform mit folgendem Hauptziel: drastische Reduzierung der Streitkräfte auf das Niveau der notwendigsten Sicherheitsbedürfnisse, Beibehaltung eines Minimums an erforderlichem Nuklearpotential, Bildung von kompakten mobilen Kräften und Schaffung gutorganisierter, abgegrenzter struktureller Grundlagen für Teilstreitkräfte sowie Grenztruppen.
- Wesentliche Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Militärangehörigen;
- wirkliche zivile Kontrolle des Militärs durch die Duma, den Föderationsrat und die gesellschaftlichen Organisationen. Ausmerzungen von Kriminalität, Korruption, Kameradenschinderei usw., also von Erscheinungen, die sich in den Streitkräften zusammen mit ähnlichen katastrophalen Phänomenen in der Gesellschaft breitmachen.

Die Militärpolitik Rußlands, ihre Theorie und ihre Ziele müssen mit den Möglichkeiten und dem Zustand von Staat und Gesellschaft sowie mit den realen Perspektiven für ihre Entwicklung und Zukunft in Übereinstimmung gebracht werden.

## Fazit

Die russische Sicherheitspolitik als Staatskonzeption befindet sich erst im Entstehungsstadium. Die innere Krise, das Fehlen einer fest gefügten Staatlichkeit und der heftige Kampf der gegensätzlichen Richtungen, der den Kampf um die Macht widerspiegelt, sind Ursache für diese unklare Politik. Extreme Richtungen - von Imperial- und Konfrontations- bis hin zu liberal-demokratischen Strömungen - stehen einander gegenüber. Sie reichen von Bestrebungen, sich von den Industrieländern durch militärische Aufmarschgebiete und "Abschreckung durch Stärke" abzugrenzen, bis hin zu den Absichten, die eigene Sicherheit durch Eintritt in die Gemeinschaft der zivilisierten Industriestaaten zu gewährleisten. Der Ausgang dieser Konfrontation hängt davon ab, wie die inneren Reformen hinsichtlich des Übergangs zu einer post-industriellen Informationsgesellschaft greifen.

Die höchste Sicherheitsgarantie für Rußland sind Offenheit, allgemeines Vertrauen und der Zusammenschluß mit entwickelten Demokratien. Das bedeutet keineswegs das Fehlen von eigenen, sich von anderen unterscheidenden nationalen Interessen. Doch die wie immer gearteten Widersprüche

---

<sup>7</sup> Vgl. die Studie der IMMO-Autoren "Militärische Stärke. Gedanken über ihre Beschaffenheit und ihren Platz in der heutigen Welt".

müssen im Geist von Kompromissen und gegenseitigem Einvernehmen gelöst werden.

Varianten der Politik, die als imperial ausgelegt werden können, sind für Rußland unannehmbar. Das Streben nach dem Status einer Supermacht ist - um so mehr bei der tiefen inneren Krise - ein Irrtum, der Rußland, aber auch anderen Völkern teuer zu stehen kommen kann. Rußland ist ein großer Staat. Aber das Syndrom der Größe, selbst wenn es der Eitelkeit der Elite schmeichelt, kann nicht der Sicherheitspolitik Rußlands zugrundeliegen, weil es unausweichlich entweder zu seinem Schaden oder zu seiner endgültigen Zerstörung führen wird.

Auf dem Gebiet der Militärpolitik müssen Ambitionen und traditionell-militaristische Bestrebungen gewisser Kreise durch Reduzierung ihrer Wünsche entsprechend den gegebenen Möglichkeiten angepaßt werden. Nötig ist eine weitere Modifizierung der Militärpolitik im Geist der Verteidigung. Die traditionellen Vorstellungen von der Militärdoktrin als ein gewisses Gesetz müssen durch eine flexible Militärstrategie zur Verteidigung des Staates mit einem Minimum an notwendigen Kräften ersetzt werden.

Man muß begreifen, daß das 20. Jahrhundert eine gigantische Übergangsepoche zu einer Neuordnung der Welt und zu einer neuen politischen Philosophie ist. Ihr entscheidendes Manko besteht darin, daß das politische Denken - auch auf dem Gebiet der Sicherheit - hinter den sich weiter beschleunigenden globalen Veränderungen, vor allem im Bereich der Technologie, zurückblieb. Das politische und militärische Denken konnte nicht mit den informationstechnischen Veränderungen in der Welt Schritt halten. Doch Europa, insbesondere Ost- und Mitteleuropa, blieben in dieser Hinsicht hinter den USA zurück. Daraus resultierten die schrecklichen Katastrophen des 20. Jahrhunderts: drei Weltkriege (einschließlich des Kalten Krieges), die das grundsätzliche Übel nicht beseitigten, die aber den Impuls gaben, es zu verstehen und neue Entwicklungswege aufzeigten. Die Atombombe war in dieser Hinsicht die "letzte Warnung".

Eine reale Sicherheitspolitik in der neuen Epoche ist nur möglich, wenn man die Lehren, die vom 20. Jahrhundert erteilt wurden, völlig begreift. Voraussetzung ist, daß das Denken der Politiker und Militärs überall - insbesondere im Osten - in Übereinstimmung mit den neuen Realitäten gebracht wird. Die inneren Aspekte der russischen Sicherheitspolitik sind durch den Verlauf der Ereignisse gegenüber den äußeren eindeutig dominierend. Man muß sich von der politischen Methodologie des Kalten Krieges, durch die versucht wurde, die innere Stabilität und die inneren Probleme durch eine künstlich entfachte äußere Konfrontation zu lösen, lossagen. Diese unzulässige Methode hat zu sehr gefährlichen Krisen und zur nutzlosen Vergeudung kolossaler Ressourcen geführt.

In Rußland sind lange wie heftige Konfrontationen und Kämpfe zwischen den Anhängern des Fortschritts und den konservativen sowie nationalistisch-neofaschistischen Kräften zu erwarten. Verlauf und Ausgang dieses Kampfes werden nicht nur das Schicksal Rußlands bestimmen, sondern sie werden einen wachsenden Einfluß auf die gesamteuropäische und sogar auf die weltweite Entwicklung ausüben.

**Daniil Proektor**

## **Contours of Russian Security Policy in the Nineties**

Bericht des BIOst Nr. 5/1995

### **Summary**

#### **Introductory Remarks**

*Since the demise of the Warsaw Pact and the Soviet Union, no comprehensive security policy has been formulated in Russia to date, because there are differences of opinion on the following questions of principle: is it possible to draw up a security theory for the entire nation under conditions in which Russia's statehood has not been finally settled and even its borders are uncertain? Has there been a change in the nature of the perils which it is the purpose of security policy to neutralize? Has a new mutual relationship emerged between the political and the military approaches to ensuring security? What attitude should be adopted towards NATO under the new conditions? What options are available for replacing the now defunct bloc structure of security: by a return to the neo-Stalinist policy of isolation from the rest of the world, or by integration into the world community?*

*The outcome of the argument about whether the West and NATO are potential enemies or whether they should be seen as potential partners in a constructive cooperation will depend on the course of the reforms in Russia. If they are successful, the reforms will make it possible to build a security policy on the basis of universal human values. If the reforms fail and the conservative forces gain the upper hand, this policy could be reversed in the direction of a new version of the Cold War. For this reason, the main threats to the security of Russia have, for the first time in seven decades, shifted to inside the country itself.*

*The domestic aspects of security policy are determined by the general social crisis (the division of the population into a very rich minority and a broad mass of poor citizens without a hope or prospect for their future lives), the decline of the economy, the search for new moral values, the danger of criminalization, and the deterioration of the demographic indicators.*

*It is hardly possible to create a fully effective collective security system in the CIS, as is currently planned, without first establishing within the framework of the CIS the conditions and the degree of unity required for the creation of a wider political, state, social and psychological order within which alone the new architecture for communal security can be constructed. In the coming phase, it is likely that the creation of security in the CIS area will be possible only within the framework of bilateral agreements, some regional associations, and a generalized coordination of activities - but without strict centralization.*

*Conceptions of the security of Russia are closely linked with the foreign-policy course adopted towards the countries of the "far abroad", which up to now has been marked by numerous inconsistencies in response to permanent domestic crises. The attempted coup in October 1993 and the results of the elections of 12th December 1993 can be seen as a turning point, as of which symptoms of a departure from the previously achieved successes in foreign and security policy become apparent.*

*The victory of the right-wing extremist forces and the communists and the lapse of the democrats into a state of shock in response to the - for them - unexpected outcome of the elections gave rise to uncertainty, to differences of opinion on matters of foreign policy, and to endeavours to adjust security policy with a view to assuaging the criticism being voiced by those who had won the elections and to acceding to some of their demands. The final outcome was that a serious about-turn in the positions of the Russian leadership became apparent as early as in the spring of 1994. Russia's relations with the United States started to enter into a stage of tension which exhibits certain features of a crisis. Russia's proclamation making the Republics of the former USSR a special interest zone, political manoeuvres around the withdrawal of troops from Latvia and Estonia, and the decree issued by the President of the Russian Federation concerning Russian military bases in the countries of the CIS are helping more and more to intensify impressions of a "Russian peril".*

*The vacillations in Russia's attitude to NATO reflect the difficult processes of internal debate and argument among Russia's ruling elite. The political course followed with respect to NATO is constantly being adjusted to match these processes. The kindling of "anti-NATO" sentiments is an instrument used to elevate Russia's "defence awareness" and a means of supplying evidence in support of the widespread theory that "Russia was and is a military superpower" - irrespective of domestic crises and economic chaos. At any rate, it would be helpful, if the West would explain NATO's new policy and strategy in such a way as to make them more readily understandable to the broader public in the East.*

*The views of the President and the representative powers - the advocates of a collective security - stand in contrast to the opinions of the radicals, the national patriots, a sizeable part of the population, the advocates of a "special path" for Russia, the opponents of rapprochement with the West. The pressure exerted by these is having an ever greater influence on the official course taken by the government.*

*The quest for re-integration that is becoming more and more evident in the post-Soviet area can be accepted as natural as long as it takes place on a democratic basis. But these strivings may also involve elements of imperial pretensions, as was the case in the early stages of the past Cold War, when Stalin "integrated" the countries of Eastern Europe in order to have "deployment zones" at his disposal. If this were again to be the case, a relapse into a new Cold War would be likely.*

*There are broad circles within the military that are incapable of understanding that, essentially, there is no enemy any more and that the army must revise its functions. Militant thinking demands an adversary and finds it difficult if not impossible to accept the ideas of*

*universal security and partnership. In the minds of the military, and especially of the older generation, such a policy is either incomprehensible or - even worse - is regarded as a betrayal of Russia's national interests, which, for their part, are usually interpreted in purely military terms.*

*The basic truth is that Russia does not have a military doctrine. Such conceptions of military doctrine as exist today are not fully in keeping with the political strategy of the state nor with the situation and potentials of Russia's society. The "main items of the doctrine" comprise elements of confrontation which manifest themselves especially in the "nuclear strategy" with its proclaimed rejection of the use of nuclear weapons as weapons of the first resort.*

*The law passed "On Conversion" was soon obsolete, because the funds allocated from the budget for conversion at the production units were received with a delay of two to four months, if at all, but also because there was no conversion programme forming an integral component of the structural reorganization of the basic branches of industry.*

*The most reliable guarantees for the security of Russia are openness, universal trust and confidence, and joining up with other democracies. This does not imply by any means that individual national interests, different from those of other states, do not exist. But those differences that exist, of whatever kind they may be, must be resolved in a spirit of compromise and mutual harmony.*

*Political options that could be interpreted as imperial must be unacceptable to Russia. The quest for superpower status is - all the more so in the light of the country's profound domestic crisis - a folly which can cost Russia, but also other nations, dear. Russia is a sizeable country. But the size syndrom, even if it flatters the vanity of the elite, cannot form the basis for a security policy for Russia, because it will inevitably lead either to its detriment or even to its ultimate destruction.*

*Long and vehement confrontations and a battle between the champions of progress and the conservative and nationalist-neofascist forces are to be expected in Russia. The course taken by and the outcome of that battle will not only determine the fate of Russia but will also exert a growing influence on the course of development in Europe as a whole and, indeed, throughout the world.*